

1 Einleitung

1.1 Vorbetrachtungen

Im Vorfeld des 18. Parteitages 2012 dominierten zwei konkurrierende Entwicklungsmodelle die Debatten in und über China: Das Guangdong Modell, präferiert von Wang Yang, hielt an einer neoliberalen Entwicklungsstrategie fest; das Chongqing Modell hingegen, mit dem der Name Bo Xilai verbunden wird, forderte eine Stärkung des Staates und eine Rückkehr zu Prinzipien der „roten“ maoistischen Werte (Freeman/Wen 2011). Die Kontroversen über das richtige Verhältnis von Politik und Ökonomie, welche diesen Modellen unterliegen, spiegeln vor allem eines wider: Obzwar es sich bei der VR China um einen Ein-Parteien-Staat handelt, liegen doch eine Vielzahl konkurrierender, pluralistischer Ideen von Herrschaft und Entwicklungswegen vor. Diese werden in der allgemeinen Chinabeobachtung jedoch im Normalfall ausgeblendet.

Das Jahr 2012 ist jedoch die Ausnahme von diesem Normalzustand:

Mit dem im Herbst anstehenden Führungswechsel einher geht ein verstärktes Interesse an den internen Dynamiken der chinesischen Politik, getrieben von der Frage, welche Implikationen die bevorstehenden personellen Veränderungen nicht nur für China, sondern auch für die Welt haben könnten. Während sich die Chinaberichterstattung für gewöhnlich auf die Dokumentation bilateraler Treffen oder offizieller Stellungnahmen beruft, rückt nun das politische System als solches in den Mittelpunkt.

Führungswechsel vollziehen sich in China zumeist hinter den Kulissen. Die Chinaforschung versucht, über den Umweg von Analogieschlüssen dennoch Aussagen über diese Prozesse abzuleiten. Hierzu werden die vorangegangenen Führungswechsel auf grundlegende Strukturen und Mechanismen hin untersucht, die dann wie eine Schablone auf den 18. Parteitag angelegt werden. Diese Schablone legt fest, dass die prospektiven Kandidaten für das Politbüro und dessen Ständigen Ausschuss in allen drei Säulen des chinesischen Systems – Partei, Staat und Militär – bereits eine führende Position innehaben müssen. In Analogie

zu Hu Jintaos Aufstieg zum neuen Generalsekretär (2002) und Staatspräsidenten (2003) infolge des 16. Parteitages, nachdem er schließlich zuvor noch zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission ernannt worden war, wurde daher mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet, ob und wann Xi Jinping, der als Nachfolger Hu Jintaos gehandelt wird, in vergleichbare Positionen im Militärapparat aufsteigen würde.¹ Eine weitere Formel, nach der sich die Zusammensetzung des Politbüros bemisst, sind Patron-Klienten-Netzwerke und Faktionenzugehörigkeit.

Informelle Verfahrensregeln legen nicht nur eine Altersgrenze für die Bekleidung politischer Führungsämter fest, sondern umfassen auch die Limitierung auf zwei Amtsperioden in Folge. Finden diese Regeln wie gewohnt Anwendung, wird in einem ersten Schritt mit dem 18. Parteitag und abschließend mit dem Zusammentreten des nächsten Nationalen Volkskongresses im Frühjahr 2013 die vierte Führungsgeneration – zu deren prominenteren Vertretern Hu Jintao, Wen Jiabao, Jia Qinglin und auch Li Changchun gerechnet werden – von ihren Ämtern zurücktreten und ihre Aufgaben aller Voraussicht nach auf die fünfte Generation – Xi Jinping, Li Keqiang – übertragen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergeben sich für den anstehenden Parteitag und die damit verbundenen Personalentscheidungen die folgenden Überlegungen: Von den neun Köpfen im Ständigen Ausschuss des Politbüros² würden aufgrund der internen Regeln nur Xi Jinping und Li Keqiang noch für eine weitere Amtszeit zur Verfügung stehen. Ersterer wird als Nachfolger Hu Jintaos, letzterer als Erbe Wen Jiabaos gehandelt. Bei der Besetzung der restlichen Posten im Politbüro wird dann die Balance zwischen den verschiedenen Faktionen – Interessensgruppen und Netzwerke innerhalb der KPCh – eine zentrale Rolle spielen. Mit dem Aufstieg Xi Jinpings würde die Gruppe der Prinzlinge, wie die Nachkommen führender KP-Politiker genannt werden, an Einfluss gewinnen. Dies könnte bedeuten, dass im Sinne eines

1 Zur politischen Biographie Hu Jintaos vergl. Ewing (2003); die begleitende Beobachtung zu Xi Jinpings Aufstieg im militärischen Pfeiler des politischen Systems wird abgebildet in den Kurzanalysen von *China Leadership Monitor* 2010-2011.

2 Seit 2007: Hu Jintao – Generalsekretär, Präsident, Vorsitzender der Zentralen Militärkommission; Wu Bangguo – Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK; Wen Jiabao – Premierminister; Jia Qinglin – Vorsitzender der PKKCV; Li Changchun – Leiter der Propagandaabteilung; Xi Jinping – Vizepräsident; Li Keqiang – Vizepremier; He Guoqiang – Antikorrupsionsabteilung; Zhou Yongkang – ZK-Kommission für Politik und Recht.

Ausgleichs bei anderen Posten gezielt Vertreter der Hu Jintao nahestehenden Faktion der Jugendliga berücksichtigt werden könnten.³

Der Parteitag 2012 steht aber nicht nur für eine Verjüngung des Politbüros. Die gegenwärtig amtierende vierte und nachrückende fünfte Führungsgeneration weisen grundsätzlich mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten auf.⁴ Bei den Politikern der vierten Generation handelt es sich weitgehend um Technokraten. Mehrheitlich hat diese Gruppe ein Studium im Bereich der Ingenieurwissenschaften absolviert, wobei ihre Studienzeit durch die Kulturrevolution unterbrochen wurde. Über Auslandserfahrungen verfügt diese Gruppe nur sehr begrenzt. Ganz anders die nun nachrückende fünfte Generation: Zumindest ein Teil dieser Gruppe hat an den führenden Universitäten in den USA oder aber im europäischen Ausland studiert; zu ihren Studienfächern zählten dabei bevorzugt Ökonomie, Finanzwirtschaft und Jura. Inwiefern sich diese Prägungen auf die Ausgestaltung der chinesischen Politik in den kommenden Jahren auswirken werden, bleibt allerdings abzuwarten. Denn die älteren Führungsgenerationen dürften wie auch in den Jahren zuvor aus der zweiten Reihe heraus weiterhin einen nicht gering zu schätzenden Einfluss ausüben.

Bislang lässt sich jeweils nur rückblickend nachvollziehen, welche strategischen Neuorientierungen die jeweilige Führungselite in ihrer Amtszeit entwickeln und im politischen Theoriegebäude der VR China verankern konnte. Exemplarisch spiegelt dies eine kurze Retrospektive auf die Erweiterung der ideologischen Grundlagen des chinesischen Partei-Staates wider: Zunächst wurde der Marxismus-Leninismus durch die Formulierung der Mao-Zedong-Ideen einer Sinisierung unterworfen, dann folgte mit den Deng-Xiaoping-Theorien, der Jiang Zemin zugeschriebenen Theorie der Drei Vertretungen und Hu Jintaos Konzepten der „Wissenschaftlichen Entwicklung“ und der „Harmonischen Gesellschaft“ eine zunächst effizienzorientierte, später auch auf den sozialen Aus-

3 Zu den Aspiranten auf einen Posten im Ständigen Ausschuß werden gegenwärtig Wang Qishan, Liu Yunshan, Li Yuanchao, Zhang Dejiang und mit Einschränkung Liu Yandong, Wang Yang und Zhang Gaoli gerechnet. Die Konkurrenz zwischen Chongqing (Bo Xilai) und Guangdong (Wang Yang) hat sich durch die Korruptions- und Mordvorwürfe gegen Bo Xilai und seine Frau Gu Kailai zugunsten des neoliberalen Guangdong Modells verschoben.

4 Die Strukturen und politischen Orientierungen der vierten Führungsgeneration um Hu Jintao bespricht Lam, Willy (2006), *Chinese politics in the Hu Jintao era: New leaders, new challenges*. Armonk; NY: Sharpe.

Zu Chinas fünfter und sechster Führungsgeneration vergl. Lam, Willy (2011), *Changing of the guard: Beijing grooms sixth-generation cadres for 2020*. Washington: Jamestown Foundation.

gleich bedachte pragmatische Ausgestaltung der ideologischen Grundrichtlinien. Doch nicht nur der ideologische Kanon des chinesischen Parteistaates ist in den vergangenen Dekaden sukzessive auf die neuen Rahmenbedingungen der Reformära umgeschrieben worden. Neben der politisch-symbolischen Ebene der offiziellen Ideologie setzen sich die politischen Eliten und ihre Berater auch kritisch mit abstrakteren Vorstellungen von Repräsentation, Partizipation, Legitimität und Governance auseinander. Wer an dieser Stelle vorschnell eine Anlehnung an das westlich-liberale Modell erwartet, wird schnell enttäuscht sein. Denn die chinesischen Debatten widmen sich der Konfiguration eines Governance-Modells mit chinesischen Charakteristika, also eines Modells, welches das Ein-Parteien-System nicht zur Disposition stellt, aber die pluralen Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Akteursgruppen einzubinden versucht. Während jedoch der Wandel der offiziellen Terminologie und Ideologie in der internationalen Chinabeobachtung mitverfolgt wird, fehlen prinzipiell Untersuchungen zum Bereich der abstrakten Theoriendebatten, die innerhalb akademischer Kreise und im Austausch zwischen beratenden Think Tanks und den politischen Führungszirkeln geführt werden.

Wie die Konkurrenz zwischen Guangdong Modell und Chongqing Modell verdeutlicht, existieren in China durchaus konkurrierende politische Ordnungsentwürfe. Wenn dies aber der Fall ist, ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, nicht nur diese Entwürfe aufzuarbeiten, sondern auch die politikwissenschaftliche Kategorisierung der VR China der veränderten Realität anzupassen. Es gilt, Einblick in die theoriegestützte Neuausrichtung des politischen Systems der VR China in der post-maoistischen Reformära zu erlangen und die hierdurch gewonnenen Kenntnisse bei der Entwicklung von Analysemodellen zu berücksichtigen.

Ein zentrales Anliegen der vorliegenden Studie ist es, eine Brücke zwischen der Analyse der chinesischen Politik aus der „westlichen“ Außenpolitik heraus und den Selbstbetrachtungen des Systems zu schlagen. China wurde lange Zeit als Objekt der Politikwissenschaft und als Spielfeld politischer Theorien, die aus anderen, zumeist westlichen Kontexten abgeleitet waren, behandelt. Immer wieder wurde mit Verwunderung festgestellt, dass nicht alle normativen Vorannahmen, insbesondere die der allgemeinen Transformationsforschung, unverändert auf China übertragbar sind. Dies hat in den meisten Fällen dazu geführt, dass China als Sonderfall und Aberration vom Standardmuster eingestuft wurde und sich die Analyse mehr und mehr auf eine deskriptive Darstellung der politischen Entwicklungen beschränkte. Übersehen wurde dabei, dass sich autoritäre Regime

durchaus an Veränderungen ihres Umfeldes anpassen und aus der kritischen Analyse von Ereignissen in anderen Staaten eine Modernisierungs- und Relegitimierungsstrategie ableiten, die auch Elemente integriert, die in der allgemeinen Modellbildung bislang auf westlich-liberale Systeme beschränkt worden waren. Während Modelle der Autoritarismusforschung in der Analyse der chinesischen Politik oftmals unhinterfragt zum Einsatz kamen, herrscht(e) doch bislang eine große Skepsis in der Frage der Anwendbarkeit abstrakter Governance-Modelle auf den chinesischen Fall.

Governance-Theorien umfassen eine Vielzahl von Untermodellen. Wenn auch in der Frühphase der Governance-Debatte die These des Staats- und Steuerungsversagens und die partielle Aufgabenübertragung an nicht-staatliche, zivile Strukturen im Mittelpunkt standen, wird doch in der jüngsten Zeit der Staat erneut als ein zentraler Akteur in Distributions- und Regulationsprozessen eingestuft. Die Theorieformulierung reagiert dabei auf Veränderungen innerhalb der staatlichen Strukturen und den Wandel von Staatlichkeit im postmodernen Kontext.

Auch die VR China hat in den letzten Jahren bedingt durch Umstrukturierungen ihrer sozio-ökonomischen Teilsysteme und der Einbettung in den internationalen Kontext einen grundlegenden Wandel durchlaufen. Viele Analysemodelle, die für die maoistische VR China entwickelt worden waren und sich oftmals an Modellbildungen zur Politik der Sowjetunion anlehnten, haben heute keine oder nur noch sehr geringe Erklärungskraft. Vor dem Hintergrund, dass Governance-Theorien jedoch vielfach mit der Existenz einer unabhängigen Zivilgesellschaft gleichgesetzt werden und für die VR China kategorisch ein staatszentristisches Top-Down-Modell angenommen wird, erklärt sich, dass Governance-Theorien bislang im Normalfall nicht zur Erklärung der chinesischen Politik herangezogen worden sind.

Ein Blick in die Studien chinesischer Politikwissenschaftler und Analysten, die sich mit chinesischen Quellen auseinandersetzen, zeigt jedoch, dass sich auch in der VR China das Verhältnis von Partei-Staat und Gesellschaft gewandelt hat. Die zentralen Kategorien der allgemeinen Governance-Forschung, die sich als komplexes Zusammenspiel von Legitimität, Effektivität und Partizipation beschreiben lassen, werden in der chinesischen Politikwissenschaft und auch innerhalb der politischen Eliten der VR China durchaus debattiert. Diese Diskurse finden statt in Kenntnis der Theoriebildungen der allgemeinen Politikwissenschaft; zugleich aber fließen Elemente der chinesischen Staatsphilosophie und der politischen Theorie in die Überlegungen zum gegenwärtigen Stand und mög-

lichen zukünftigen Entwicklungen von legitimer Herrschaft im chinesischen Kontext ein.

Während die allgemeine Autoritarismusforschung, in der jüngsten Zeit insbesondere beeinflusst durch die zivilen Protestbewegungen in der arabischen Welt, ihren Fokus auf Kontestation und Krisen richtet, betrachtet die Governance-Forschung allgemein Strukturen und Entwicklungen, die zwar einen Wandel beinhalten können, jedoch nicht normativ die Transformation des politischen Regimes postulieren. Es handelt sich insofern um Ansätze, welche die Machtrelationen und Beziehungen der Akteure untereinander beleuchten und zugleich auf einer abstrakteren Ebene Grundannahmen zu Formen und Mechanismen des Regierens in pluralistischen, ausdifferenzierten Gesellschaftssystemen umfassen. Damit bietet der Governance-Ansatz das analytische Instrumentarium, um komplexe Interaktionsprinzipien zu erfassen, zunächst einmal losgelöst von den ideologischen Grundlagen des politischen Systems.

Gewissermaßen als Momentaufnahme zeichnet die vorliegende Untersuchung die grundlegenden Überlegungen zu Legitimität, Effektivität und Partizipation in der Ära Hu Jintao (2002-2012) nach. Obgleich diese in einer gewissen Pfadabhängigkeit zu den vorangegangenen Dekaden der post-maoistischen Reformpolitik steht, grenzt sie sich in Fragen der (Re-)Legitimierung des Ein-Parteien-Monopols zugleich doch deutlich von diesen ab. Eine zentrale Erkenntnis – und zugleich ein unerwartetes Eingeständnis – der vierten Führungsgeneration um Hu Jintao und Wen Jiabao findet sich in der Formel, dass „die Legitimität des chinesischen Partei-Staates weder von Natur aus gegeben, noch für alle Zeiten gesichert sei“ (Kapitel 3.5.). Damit setzt Legitimität im chinesischen Kontext in Anlehnung an sozio-kybernetische Modelle (Easton; Parsons) ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Herrschaftsanspruch und Herrschaftsglaube voraus. Durch politische Handlungen gilt es, die Legitimität immer wieder erneut zu generieren.

Anstoß für die vorliegende Studie war nicht erst der 18. Parteitag, sondern die Eröffnung eines Online-Portals auf den englischsprachigen Internetseiten der *Renmin Ribao* (People's Daily) anlässlich des 85. Gründungstages der Kommunistischen Partei der VR China (KPCh) 2006. In einzelnen Rubriken fanden sich dort Angaben zum Aufbau der Partei, den laufenden Anti-Korruptionsmaßnahmen sowie eine Sammlung kürzerer Pressemeldungen, die unter dem Oberbegriff „governance philosophy“ standen.⁵ Die Tatsache, dass diese Seiten auf

5 www.english.people.com.cn/zhuanti/Zhuanti_485.html (21.11.2011).

Englisch erstellt worden sind, legt nahe, dass in erster Linie die internationale Öffentlichkeit und weniger die chinesische Gesellschaft adressiert werden sollte. Dessen ungeachtet ist die Wahl der Themenfelder und Begriffskonzepte, die in dieser Sonderrubrik aufgelistet werden, aufschlussreich für das Verständnis des Selbstbildes, das die VR China der internationalen Staatengemeinschaft vermitteln möchte.

Die Rubrik „Governance-Philosophie“ umfasst unter anderem Artikel zur „Harmonischen Gesellschaft“ und dem „Wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“, zwei Begrifflichkeiten, die von der vierten Führungsgeneration um Hu Jintao und Wen Jiabao eingeführt worden sind und die in der internationalen Politikwissenschaft bislang als politische Slogans galten. Die Artikelzusammenstellung des Online-Portals bringt deutlich den Anspruch der VR China zum Ausdruck, nicht nur einen partikular chinesischen Entwicklungsweg zu beschreiten, sondern auch eine Governance-Theorie *sui generis* zu definieren. Indem sie diesen Schritt unternimmt, verwahrt sich die VR China gegen den Vergleich mit den mehr oder minder erfolgreichen Aufstiegsstrategien anderer Staaten und weist zugleich jede Kritik an den grundlegenden Strukturen des chinesischen politischen Systems entschieden zurück.

Die Verwendung des Begriffs Governance im Kontext der chinesischen Politik besagt jedoch nicht zwingend, dass die metatheoretischen und epistemologischen Grundlagen im chinesischen Fall mit denen der international standardisierten Definitionen von Governance übereinstimmen. Um nachvollziehen zu können, in welchen Sinnzusammenhängen im innerchinesischen Diskurs der Begriff der Governance auftaucht, welche Konnotationen ihm zugeschrieben werden und welche Rolle ihm bei der Politikgestaltung der VR China zukommt, ist ein Blick in die politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften unter Berücksichtigung ihres Umfeldes (realpolitische Konstellationen der VR China; politische Diskurse etc.) erforderlich.

Bei der Auswertung der chinesischen Texte ist insbesondere die Ebene der Terminologie zu berücksichtigen. Für Schlüsselbegriffe wie „Governance“, „Legitimität“ oder „Zivilgesellschaft“ existieren mehrere auf den ersten Blick scheinbar synonyme chinesische Begriffe, wobei die in dem jeweiligen chinesischen Artikel verwendete Terminologie Rückschlüsse auf die Intentionen und den politischen Hintergrund des Autors zulässt. Aufgrund der nicht standardisierten Terminologie liegt die Vermutung nahe, dass im chinesischen Kontext kein Einheits-Modell, sondern eine Vielzahl von Governance-Ansätzen diskutiert wird.

Ziel der Untersuchung ist es, zu einer systematischen Darstellung der modernen chinesischen Innenpolitik zu gelangen, die sich nicht auf die formal-institutionelle Ebene beschränkt, sondern weitergehend Grundstrukturen der chinesischen Theoriemodelle einbindet, welche die gegenwärtigen Muster staatlich-ziviler Interaktion festlegen. In diesem Zusammenhang gilt es, über die in der Politikwissenschaft allgemein vorhandenen Definitionen und Modellbildungen hinaus einen Analyserahmen aufzuzeigen, der die partikularen Strukturen des politischen Systems der VR China angemessen reflektiert und somit auch zu einem komplexeren Verständnis von Staat, Partei, Regierung und Gesellschaft im chinesischen Kontext beiträgt.

1.2 Forschungsstand

Die meisten auf Englisch zur Thematik der Governance in China erschienenen Studien beleuchten deren strukturelle Dimension. Hierunter fallen die Entwicklung des Institutionengefüges des Staatsapparates, insbesondere die Restrukturierung von Ministerien, Reformen des administrativen Sektors und der Aufbau des chinesischen Rechtsstaates (Guo, Baogang / Hickey 2009; Howell 2004). Ein besonderes Interesse gilt der Rolle der lokalen Volkskongresse (Xia, Ming 2011) sowie den Formen lokaler Selbstverwaltung auf Graswurzelebene (Leng, Tse-kang / Chu, Yun-han 2009).

Darüber hinaus werden als Akteursgruppen im Kontext von Governance einerseits die politischen Eliten (Bo, Zhiyue 2010) und andererseits die neuen (zivil-) gesellschaftlichen Organisationsformen und Interessensgruppen (Zheng, Yongnian 2008) untersucht. Während der Fokus nach 1978 zunächst auf den nicht-staatlichen Sektoren ruhte, ist die Kommunistische Partei nach dem politischen Führungswechsel und dem Aufstieg der vierten Generation chinesischer Politiker 2002/2003 verstärkt in den Mittelpunkt der Analyse der chinesischen Governance-Prozesse gerückt (Brodsgaard / Zheng, Yongnian 2004, 2006; Womack 2005; Shambaugh 2008a; Zheng, Yongnian 2010; Gore 2011). Mit Blick auf die Partei werden Strategien des Machterhalts mittels administrativer Reformen (Yu, Keping 2010b), aber auch die Rolle der Ideologie im chinesischen Partei-Staat des 21. Jahrhunderts (Brady 2007; Holbig 2009) diskutiert.

Ausgangspunkt der Analyse von Governance im chinesischen Kontext ist die These, dass die 1978 eingeleiteten Wirtschaftsreformen nicht nur eine Neuordnung des ökonomischen Systems in Gang gesetzt, sondern darüber hinaus

auch zu einer Restrukturierung von Gesellschaft und Politik geführt haben (Yang, Dali 2006). Dies impliziert, dass die Annahme einer monolithischen Struktur des Partei-Staates ebenso der Vergangenheit zuzurechnen ist wie die Vorstellung totalitär-hierarchischer Herrschaftsmechanismen.

Gesondert untersucht wurde hierzu bereits der Aspekt der Legitimität, wozu zumeist die diffuse Folgebereitschaft der Herrschaftsunterworfenen subsumiert wird, welche eine Grundvoraussetzung für den Fortbestand des politischen Systems und des Machtmonopols der KPCh darstellt (Laliberté / Lantheigne 2008; Holbig / Gilley 2010). Einzelne Studien betonen, dass die Persistenz des chinesischen Systems nicht primär auf dessen Legitimität, sondern vielmehr auf Strategien und Diskurse der Stabilität zurückzuführen sei (Sandby-Thomas 2011).

Eine weitere zentrale Argumentationslinie der politikwissenschaftlichen China-Analyse betont die Reformwilligkeit des Systems im ländlichen wie im urbanen Bereich. Die Ausweitung der Strukturen gesellschaftlicher Selbstverwaltung wird als Erschließung neuer Partizipationskanäle bewertet (Heberer / Schubert 2008, 2009a). Durch die Auslagerung staatlicher Aufgaben an untergeordnete Ebenen werden Steuerungsprobleme des Zentralstaates überwunden. Hieraus folgt ein Effizienzgewinn des Systems, welcher sich wiederum stabilisierend auf die Herrschaft der KPCh auswirkt.

Zumeist werden die innerchinesischen Reformen als Krisenmanagement und Maßnahmen zur Schadensminimierung (*damage control*) interpretiert, zu welchem die Partei im Sinne des Machterhaltes gezwungen ist (Wang, Gungwu / Zheng, Yongnian 2003). Elastizität (*resilience*) (Nathan 2003) und Anpassungsfähigkeit (*adaptation*) (Shambaugh 2008a; Shambaugh 2008b) werden als Kernelemente der Herrschaftsstabilisierung der KPCh identifiziert (Schubert 2005b).

Die Frage, inwiefern im chinesischen Kontext Modellvorstellungen von Governance vorliegen, an welchen sich das System langfristig orientiert, ist bislang nicht untersucht worden. Diese theoretisch-philosophische Konzeption von Governance ist jedoch insofern relevant, als dass sich hieraus Interaktionsmuster und Herrschaftsformen ableiten und begründen lassen, die möglicherweise – dies wird in den folgenden Kapiteln zu untersuchen sein – von den Standardannahmen der allgemeinen, im Kontext der westlich-liberalen Demokratien entstandenen Politikwissenschaft abweichen.

1.3 Aufbau der Untersuchung

Kapitel 2 untersucht den Forschungsstand der politikwissenschaftlichen China-Analyse aus westlicher Sicht und beleuchtet hierzu die Kategorisierung des chinesischen Systems nach den Kriterien der allgemeinen Politikwissenschaft. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwiefern die Klassifizierungssysteme und Entwicklungsmodelle der „westlichen“ Politikwissenschaft das chinesische Modell erfassen können. Die gegenwärtigen Strukturen der VR China – pluralistische Wirtschaftsstrukturen bei Aufrechterhaltung des Ein-Parteien-Systems – sind als hybrid und heterogen einzustufen. Im Unterschied zu den Konzepten der Demokratie und der Autokratie, zu welchen umfangreiche theoretische und empirische Studien vorliegen, ist die Forschung zu Hybrid-Regimen weiterhin untertheorisiert. Den Standardannahmen der allgemeinen Politikwissenschaft werden exemplarisch Kategorisierungsmodelle entgegengestellt, die im chinesischen Kontext diskutiert werden.

Kapitel 3 untersucht die Rahmenbedingungen der chinesischen Debatte über Governance als wissenschaftlich-philosophisches Konzept. Hierzu erfolgt ein kurzer Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der chinesischen Politikwissenschaft, ihrer Themenfelder und Theoriebilder. Zugleich muss an dieser Stelle beleuchtet werden, in welchem Verhältnis Politik und Politikwissenschaft in der post-maoistischen Phase der VR China zueinander stehen. Im Falle einer zentralistischen Kontrolle der Wissenschaft durch den Partei-Staat wäre eine eigenständige Theorieformulierung zu chinesischen Governance-Modellen auszuschließen. Nur falls sich die Politikwissenschaft als akademische Disziplin mit den notwendigen Forschungsfreiheiten identifizieren lässt, kann davon ausgegangen werden, dass die in der chinesischen Expertendebatte erörterten Modelle über eine Rechtfertigung der bestehenden Systemstrukturen hinausgehen. Mit welchen Kategorien und Modellvorstellungen operiert die chinesische Politikwissenschaft? Welche Vorstellungen zum politischen System der VR China prägen den Diskurs? Gibt es im chinesischen Kontext eine konkrete Definition des „chinesischen Modells“ (= Sozialismus mit chinesischen Charakteristika), welche die zukünftige Ausrichtung der chinesischen Politik anleiten könnte?

Aufbauend auf diese umfangreichen Vorbetrachtungen sollen im eigentlichen Hauptteil der Arbeit die inhaltlichen Konzeptionen von Governance im chinesischen Kontext entschlüsselt werden. Ziel hierbei kann es nicht sein, die chinesische Debatte isoliert von der internationalen Politikwissenschaft zu untersuchen. Die chinesischen Politikwissenschaftler argumentieren in Kenntnis der

Modellbildungen der internationalen Politikwissenschaft, an die sie sich anlehnen beziehungsweise gegen welche sie sich auch abgrenzen können. Es ist somit notwendig, den Betrachtungen zu Governance und ihren Unterkategorien – Effektivität/Legitimität – jeweils die allgemeinen Standarddefinitionen voranzustellen und nachzuzeichnen, an welchen Punkten sich die innerchinesischen Diskurse von diesen unterscheiden (Kapitel 4).

Als Teil der „Wissenschaftstheorie“ werden die chinesischen Expertendiskurse als Paralleldebatte zur allgemeinen Governance-Modellbildung untersucht. Vor dem Hintergrund, dass die chinesische Auseinandersetzung mit neuen Formen des Regierens nicht im abstrakten Raum entstanden ist, sondern eine Reaktion auf den im Zuge der Wirtschaftsreformen eingetretenen Wandel der sozio-ökonomischen Strukturen darstellt, muss ganz bewusst immer wieder auch die politische Ebene mit einbezogen werden. Zu überprüfen ist das Wechselspiel von politikwissenschaftlichen und politischen Diskursen – dass dieses besteht, sollte jedoch nicht zu der vorschnellen Annahme verleiten, dass die Governance-Debatte dogmatischen Mustern verhaftet sei und allein der Rechtfertigung des Machtmonopols der Partei zu dienen habe. Vielmehr verdeutlicht dieser Punkt die Notwendigkeit, die chinesischen Debatten mitzuverfolgen – denn wenn sich die politischen Eliten auf die Analysen und Empfehlungen der chinesischen Think Tanks und Forschungsinstitute stützen, könnte die Erarbeitung „neuer“ Governance-Konzepte in der Politikwissenschaft einen Wandel der chinesischen Politik einleiten, der sich möglicherweise mit den herkömmlichen Modellannahmen weder voraussagen noch ex post erklären ließe.

Zugleich aber sind die Debatten auch unter dem Gesichtspunkt der „ideologischen Staatsapparate“ zu beleuchten. Es ist zunächst einmal nicht auszuschließen, dass die Konfiguration von abstrakten Governance-Modellen den Staatsapparat stützt und legitimiert, somit lediglich durch die Einführung neuer Begrifflichkeiten und Konzepte einen Austausch der konzeptionellen Referenzsysteme, an welchen das System gemessen wird, vornimmt. In diesem Sinne wäre die Debatte nicht als abstrakter Wissenschaftsdiskurs, sondern als Legitimationsstrategie einzustufen. Möglicherweise – dies ist anzunehmen, bedarf jedoch der empirischen Überprüfung – liegen im chinesischen Fall verwobene Mischformen von Wissenschafts- und Legitimationsdiskursen vor.

Kapitel 5 stellt die Frage nach den philosophisch-ideellen Grundpfeilern der Herrschaftslegitimierung der post-maoistischen Reformära. Lange Zeit wurde argumentiert, dass der Übergang von Mao Zedong zu Deng Xiaoping gleichzusetzen sei mit der Substitution der Ideologie durch eine pragmatische Effizienz-

fokussierung. Die vierte, seit 2002/2003 mit der Regierung betraute Führungsgeneration um Hu Jintao und Wen Jiabao hingegen scheint sich von einer rein auf Leistungskriterien beruhenden Herrschaftsbegründung losgesagt zu haben. Terminologisch wie konzeptionell sind neue Modelle wie die „Harmonische Gesellschaft“ in die Debatte eingebracht worden, welche scheinbar Bezüge zur traditionellen chinesischen Staatsphilosophie aufweisen.

Das sechste Kapitel der Arbeit ergänzt die Governance-Kategorien um den Aspekt der Partizipation. Beleuchtet werden die Modellbildungen und Vorstellungen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft, den Strukturen gesellschaftlicher Selbstorganisation sowie die Frage von „Demokratie“. Wenn Governance sinnbildlich für Steuerungsprozesse steht, an welchen eine Vielzahl von Akteuren beteiligt sind, ist die Existenz lokaler Verwaltungsstrukturen und Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation eine notwendige Voraussetzung für die Realisierung der chinesischen Governance-Konzeptionen.

Das Schlusskapitel der Arbeit schlägt einen Bogen in die politische Gegenwart und führt die abstrakten Konzeptionen von Governance mit den Entwicklungen des chinesischen Systems zwischen 2008 und 2011 zusammen. Das Jahr 2008 markiert einen symbolischen Wendepunkt in der Politik der VR China. Die politische Führung betont immer wieder, dass es der VR China gelungen sei, ein Übergreifen der globalen Finanzkrise auf die chinesische Wirtschaft frühzeitig zu unterbinden. Das „chinesische Modell“ wird damit als ein erfolgreiches, krisenunabhängiges Konstrukt präsentiert, das den westlich-kapitalistischen Staaten dem artikulierten Anspruch der politischen Führung nach überlegen ist. Obgleich das „chinesische Modell“ in ein positives Licht gerückt wird, besteht zwischen den chinesischen Faktionen, insbesondere zwischen den Vertretern der Neuen Linken und der Neo-Liberalen, ein Wettstreit um dessen orthodoxe Definition. Die Governance-Debatte wird mit Blick auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie im chinesischen Reform-Sozialismus erneut von den politischen Eliten aufgegriffen.

Abschließend soll kurz ein Blick auf die Exportfähigkeit der chinesischen Governance-Konzepte geworfen werden. Denn gesetzt den Fall, dass im chinesischen Kontext eine Theorie und Praxis von Governance vorliegt, die sich nicht mit den standardisierten Definitionen der internationalen Debatte deckt, könnten diese sich als mögliche Orientierungsmodelle für andere post-sozialistische Hybridregime erweisen.

1.4 Vorbemerkungen zum theoretisch-konzeptionellen Rahmen

Das Forschungsprojekt verfolgt einen qualitativen diskurstheoretischen Ansatz, der Elemente der Historical Discourse Analysis (HDA) und der Critical Discourse Analysis (CDA) miteinander verbindet. Der Untersuchungsgegenstand – Governance-Konzeptionen in der VR China – erfordert ein möglichst offenes Analyseraster, das es erlaubt, die politikwissenschaftlichen und politischen Diskurse nicht nur semantisch-inhaltlich, sondern auch unter der Fragestellung der Ideologie und Hegemonie zu beleuchten.

An dieser Stelle sind einige Vorüberlegungen zu diskurstheoretischen Analysemodellen angebracht. Mit Blick auf die VR China handelt es sich bei einer diskurstheoretischen Vorgehensweise nicht um irgendeine von vielzähligen Analysemethoden, sondern um eben diejenige, über die Einblick in die inneren Zusammenhänge des ansonsten selbstreferentiellen und in sich geschlossenen Systems gewonnen werden kann:

Ausgangspunkt der allgemeinen Diskursanalyse sind die Schriften Foucaults. Dieser setzt den Diskurs nicht parallel zur sozio-politischen Realität, sondern geht davon aus, dass die Realität durch den Diskurs überhaupt erst konstituiert wird. Die „Ordnung des Diskurses“ spiegelt sich in der Weltordnung wider (Foucault 1966). Um hinter die Fassaden dieser Weltordnung vorzudringen, sind archäologische Re- und Dekonstruktionen der zentralen Begrifflichkeiten und Argumentationsmuster, die den Diskurs dominieren, vonnöten („Archäologie des Wissens“, Foucault 1969). Diskurse stehen damit in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Welt, der sie entstammen und die sie (re-)konstituieren. Die Analyse hat daher neben der semantisch-linguistischen Dimension auch die Beziehungen zu Machtordnungen und Ideologie einzubeziehen. CDA-Modelle leiten aus Foucaults Überlegungen eine dialektische Ko-Determination von Diskursen und ihrem Umfeld ab:

„CDA sees discourse – language use in speech and writing – as a form of ‘social practice’. Describing discourse as a social practice implies a dialectical relationship between a particular discursive event and the situation(s), institution(s) and social structure(s) which frame it. A dialectical relationship is a two-way relationship: the discursive event is shaped by situations, institutions and social structures, but it also shapes them. That is, discourse is socially constitutive as well as socially conditioned – it constitutes situations, objects of knowledge, and the social identities of and relationships between people and groups of people. It is constitutive both in the sense that it helps to sustain and reproduce the social status quo, and in the

sense that it contributes to transforming it. Since discourse is so socially consequential, it gives rise to important issues of power“ (Fairclough / Wodak 1997: 258).

Als Arbeitsdefinition des „Diskurses“ stützt sich das Forschungsprojekt im Folgenden auf die sehr allgemein gehaltenen Ausführungen von Wodak und Reisigl:

„We consider ‚discourse‘ to be:

- *a cluster of context-dependent semiotic practices that are situated within specific fields of social actions*
- *socially constituted and socially constitutive*
- *related to a macro-topic*
- *linked to the argumentation about validity claims such as truth and normative validity involving several social actors who have different points of view“ (Wodak / Reisigl 2010: 89)*

Die HDA-geleitete Diskursanalyse soll grundsätzlich dem Schema „Text-Subtext-Kontext“ folgen. Durch die Einbeziehung eines historisch-genetischen Analyseansatzes sollen darüber hinaus die Aspekte der Intertextualität und der Interdiskursivität beleuchtet werden. Unter Intertextualität wird die Verbindung des Ausgangstextes zu anderen Texten (Diskursen) der Vergangenheit und Gegenwart subsumiert, wobei diese in Form konkreter Referenzen und Zitate, aber auch als indirekte Allusion vorliegen kann. Auch die Erwähnung bestimmter Personen, Ereignisse oder Themen – die in anderen Diskursen vorkommen – kann dem Phänomen der Intertextualität zugeordnet werden. Werden Elemente in der Vergangenheit liegender Diskurse aufgenommen, durchlaufen die zentralen Ideen und Begrifflichkeiten oftmals eine Herauslösung aus ihrem ursprünglichen Kontext (De-Kontextualisierung) und eine Umschreibung auf den gegenwärtigen Diskurs (Re-Kontextualisierung) (Wodak / Reisigl 2010: 90). Letzteres erinnert an das Konzept der „invented traditions“ (Hobsbawm 1983), ist jedoch insofern von diesem abzugrenzen, als hier keine in sich geschlossenen Traditionen und Rituale (wieder-)erfunden, sondern semantische Elemente selektiv in neue Diskurse eingebettet werden. Interdiskursivität steht für die Interrelationen zwischen formal gesehen eigenständigen Diskursen. Schnittmengen zwischen Diskursen ergeben sich aus der Überlagerung von thematischen Teilsegmenten („fields of action“) oder im Bereich der den Segmenten untergeordneten „genres“ (vergl. Wodak / Reisigl 2010: 90-91).

Aufbauend auf diesen Grundkonzepten dekonstruiert der HDA-Ansatz den Kontext des Diskurses auf vier Ebenen:

”....

1. *The immediate, language or text-internal co-text and co-discourse*
2. *the intertextual and interdiscursive relationship between utterances, texts, genres and discourses*
3. *the extralinguistic social variables and institutional frames of a specific ,context of situation‘*
4. *the broader sociopolitical and historical context, which discursive practices are embedded in and related to.“ (Wodak /Reisigl 2010: 93)*

Über die semantisch-linguistische Entschlüsselung der Diskurse hinausgehend bietet die CDA das notwendige Instrumentarium, um die Makro-Ebene der Diskurspraktiken zu dekonstruieren. Im Mittelpunkt der dialektisch-relationalen Diskursanalyse steht die Frage nach den machtpolitischen und ideologischen Teilelementen und Wirkungsfeldern der Texte / Diskurse (Demirovic 1988; Fairclough 1989; Fairclough 1992; Chouliaraki / Fairclough 1999; van Dijk 1998). Fairclough führt Ansätze der linguistischen Textanalyse mit Elementen der Ideologie- und Hegemonieforschung (Althusser 1970; Gramsci 1971 [1929-1935]; Laclau / Mouffe 1985) zusammen, stellt diese zugleich aber auch in einen Kontext mit den soziologischen Modellbildungen von Bourdieu. Diskurse definiert er in Anlehnung an diese Studien als machtbegründende und machterhaltende Instrumente.

Die De-Konstruktion der chinesischen Diskurse erfolgt in zwei Schritten:

Die Verbindung zwischen Diskursen und Ideologie des CDA-Ansatzes soll als Ausgangsbasis für die Analyse der Governance-Konzeptionen im chinesischen Kontext dienen. Die zu untersuchenden Diskurse sind angesiedelt im Spannungsfeld von Politik und Politikwissenschaft, sie sind „ideologisch“ in dem Sinne, dass sie spezifische kontext- und akteursbezogene Perspektiven auf ausgewählte sozio-politische Konstellationen verkörpern.⁶ In den politischen wie politikwissenschaftlichen Diskursen werden Abbilder („representations“) der sozio-politischen Welt konstruiert. Diesen unterliegen Modellbildungen und ideologische Grundüberlegungen, welche die Sichtweisen, Blickwinkel ebenso wie die Terminologie der Diskurse determinieren (van Dijk 1995: 255). Es gilt folglich zunächst einmal, das Entstehungs- und Wirkungsumfeld der Diskurse zu beleuchten, also auf die Rolle und Entwicklung der allgemeinen Politikwissenschaft im Kontext der VR China einzugehen, aber auch die Strukturen der Partei einzubeziehen. Die zu untersuchenden Diskurse werden im akademischen wie

6 Die Interrelation von Diskurs und Ideologie in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung wird ausführlich bei Eagleton (2000 [1991]: 223-252) aufgearbeitet.

auch im politischen Kontext geführt und stehen zueinander in einer Wechselbeziehung.

In einem zweiten Schritt sollen dann einzelne Diskursthemen und Themenvariationen betrachtet werden. Jenseits der semiologischen Strukturen, der rhetorischen Figuren und symbolischen Formen muss insbesondere die Wahl der Terminologie untersucht werden. Terminologische Innovationen grenzen die Diskurse von dem bestehenden Wissenskanon ab, eine Iteration bereits vorhandener Begrifflichkeiten hingegen weist den vorliegenden Diskurs als sekundären Text aus, welcher sich an einem, zumeist nicht direkt referierten, Mastertext orientiert (politische Vorgaben / ideologische Grundprinzipien etc.). Lässt sich ein solcher Mastertext nachweisen, so bestärkt dies die Hypothese, dass der Diskurs auf die eine oder andere Weise die bestehenden Machtstrukturen widerspiegelt beziehungsweise auch machtbegründende Funktionen entfaltet. Das Spiel mit Wort- und Satzfragmenten übergeordneter Mastertexte und die damit gegebene Vereinheitlichung der Terminologie steht exemplarisch für eine Form der „kulturellen Hegemonie“ (Gramsci 1971 [1929-1935]), die über den Diskurs perpetuiert wird. Gestützt auf den CDA-Ansatz gilt es, die in den Diskursen implizit enthaltenen Normen- und Wertmuster sichtbar zu machen und die diskursive Hegemonie auf ihre Funktions- und Wirkungsmechanismen hin zu untersuchen.

Der in der CDA operationalisierte Ideologiebegriff reflektiert hierbei Grundelemente der „Ideologie der Staatsapparate“ (Althusser 1970) erweitert um die Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe.⁷ Aufbauend auf Gramscis These, dass die herrschenden Eliten die Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen zu ihrer Unterdrückung durch die Reproduktion von Hegemonie durch die Apparate der Zivilgesellschaft erlangen, beschreibt das Modell der ideologischen Staatsapparate die Generierung von Folgebereitschaft und diffuser Systemunterstützung. Ein System kann nach diesem Modell nur solange eine Krise der Produktivkräfte überdauern, wie es ihm gelingt, die Produktionsverhältnisse über die ideologischen Staatsapparate zu reproduzieren (Althusser 1970).⁸

Die Meta-Ebene der zu untersuchende Governance-Konzeptionen wäre in Erweiterung dieser Modellbildung ebenfalls den ideologischen Staatsapparaten

7 Diskursanalyse, nicht die post-strukturalistischen Theoriebildungen zu hegemonialen Diskursen, dient als methodischer Rahmen der folgenden Untersuchung. Für eine Einführung in die abstrakte, nicht als Analysemodell konzipierte Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe vergl. u.a. Jorgensen / Phillips (2002); Nonhoff (2007); Smith (1998); Torfing (1999). Zur Operationalisierung post-strukturalistischer Diskurskonzepte vergl. Titscher et al. (2000).

8 Für eine umfassende Diskussion und Einbettung der Staatsapparate nach Althusser vergl. Rehmann (2008: 102-120).

zuzuordnen. Über die politischen und politikwissenschaftlichen Diskurse werden nicht materielle Strukturen, sondern Ideen und Ordnungskonzepte konzipiert und standardisiert. Es ist zu vermuten, dass ein Austausch oder eine Modifikation der Leitideologie mit den Elementen des politischen Systems (und auch den repressiven Staatsapparaten) wechselwirkt, somit infolge einer terminologisch-konzeptionellen Innovation auch ein institutioneller politischer Wandel einsetzen könnte. Oder andersherum eine Weiterentwicklung des institutionellen Gefüges eine Neuformulierung des theoretischen Rahmens bedingt.

Der CDA-Ansatz, erweitert um die historische Dimension (Intertextualität / Interdiskursivität), liefert somit das nötige Instrumentarium, um die meta-theoretischen Governance-Debatten der chinesischen Politikwissenschaft zu analysieren. Von zentraler Bedeutung ist die Ebene der Terminologie und die Konstruktion *diskursiver* Kausalzusammenhänge zwischen den einzelnen Teilelementen von Governance: Legitimität, Effektivität und Partizipation.

Governance-Formen in China

Theorie und Praxis des chinesischen Modells

Noesselt, N.

2012, XIII, 282 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-00722-5